

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
2. Tagung des 3. Landesparteitages
03. März 2012, Bürgerhaus Güstrow

Beschluss

Die Europäische Union zur Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion, zur Umwelt- und Friedensunion machen! Denn: Die EU wird demokratisch, sozial und solidarisch sein oder nicht mehr existieren.

Europapolitische Aspekte für Mecklenburg-Vorpommern, politische Herausforderungen und Aufgaben für den Landesverband der Partei DIE LINKE

„Daher stellt sich die Menschheit immer nur die Aufgaben,
die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden,
dass die Aufgabe selbst nur entspringt,
wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden
oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind.“
Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW 13/9

Seit der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages wird das Gros der Lebensverhältnisse von heute 550 Millionen Menschen, in der auf 27 Mitgliedstaaten gewachsenen EU, durch Entscheidungen in "Brüssel" bestimmt. Dem können wir uns nicht entziehen. Dem wollen wir uns auch nicht entziehen! Zugleich zeigen die die Volkswirtschaften in immer schnellerer Abfolge aushöhlenden Krisenprozesse, dass die nationalen Ökonomien durch die unterschiedlichen Entwicklungsgrade mit den Vertragskonstruktionen der EU (von Maastricht bis Lissabon) nicht mehr in ein ausgeglichenes Verhältnis gebracht werden können. Die Politik hat ihr Primat über die Wirtschaft an die Finanzmärkte abgegeben. Ohne die Zurückeroberung dieses Primats wird es keine alternativen Entwicklungen geben.

2012 ist ein entscheidendes Jahr für die weitere europäische Integration, für die Fortsetzung der Existenz der EU. Die Politik muss angesichts der andauernden politischen und strukturellen Krise in Europa überzeugende Antworten geben auf die Menschen bewegenden Fragen: nach der Perspektive des Euro, nach Krieg und Frieden oder der Energie- und Nahrungsmittelsicherheit oder dem EU-Beitritt der Türkei, aber auch den zentralen persönlichen wie: Was ist mit meinem Arbeitsplatz, wie entwickelt sich mein Lohn und was wird mit der Gesundheitsvorsorge, wie wird Prävention gestaltet und wie sind die Standards in der Krankenversorgung und der Pflege, ist meine Rente sicher, gibt es überhaupt eine dauerhafte Entwicklungsperspektive in unserem Bundesland? Welche Rückwirkungen haben EU-Rettungsschirm und Schuldenbremse(n) im europäischen Kontext für die hiesige wirtschaftliche und soziale Entwicklung? Kurz gesagt: Welche Auswirkungen hat die Krise in der EU auf den Lebensalltag der Menschen – auch in Mecklenburg-Vorpommern?

Die Liberalisierung der Finanzmärkte hat zu Entwicklungen geführt, die bis heute nicht unter Kontrolle genommen wurden. Die Krisenlösungs- EU-Gipfel und Spardiktate drohen die EU in unterschiedliche Integrationszonen aufzuspalten, zwischen denen der wirtschaftlich Stärkste das Sagen beansprucht und selbst zugleich dafür auch noch die politischen Grundlagen schafft. Mit der negativen Konsequenz, dass historische, kulturelle und gesellschaftliche Unterschiede, und Widersprüche zwischen den Regionen und Ländern entgegen den vertraglichen Verpflichtungen nicht solidarisch ausgeglichen, sondern diese unterschiedlichen sozialen und nationalen Interessen zum Spielball politischer Machtausübung gemacht werden.

DIE LINKE. M-V widersetzt sich einer solchen Perspektive: Gegen Anti-Europäismus und Nationalismus, Neonazismus und Fremdenfeindlichkeit, militärische Lösungsstrategien und Abschottung und gegen alle die dies begünstigenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen arbeitet DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern und weit darüber hinaus in der gesamten EU mit allen demokratischen Kräften des Landes weiter vorbehaltlos zusammen. So begrenzt Landespolitik Einfluss nehmen kann auf eine entsprechende Bundes- und EU-Politik, aktives Engagement auf diesen Gebieten gehört zu unserem landespolitischen Profil. Nicht nur in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, sondern mit gleichem Engagement auch in der Bildungs-, Kultur- und Jugendpolitik sowie in der Agrar-, Umwelt- und Energiepolitik, müssen die Grundlagen dafür gefestigt werden.

Der Parteitag bekräftigt:

- ein seiner Geschichte, Kultur, seiner menschlichen, natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Stärken und Entwicklungserfordernisse bewusstes Bundesland,
 - weltoffen und solidarisch in Europa,
 - engagiert für eine soziale, demokratische, bürgernahe und friedliche Europäische Union, die weitere europäische Einigung sowie eine enge, strategische Partnerschaft mit der Russischen Föderation,
 - ein Motor umfassender Zusammenarbeit und Vernetzung im Ostseeraum und insbesondere mit Polen,
 - entschieden gegen jede Form von Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus -
- das ist Leitbild für ein europäisches Mecklenburg-Vorpommern.

Die bisherigen Entscheidungen zur Überwindung der Krise stellen nicht nur die politischen Ziele der europäischen Integration in Frage. Sie drohen bisher erreichte und vereinbarte Werte und Prinzipien des Zusammenlebens in Europa zu zerstören: Solidarität, soziale Gerechtigkeit und gegenseitige Unterstützung zur Überwindung ungleicher Lebensverhältnisse, Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Überwindung der Benachteiligung von Frauen und Mädchen sowie umweltgerechte, nachhaltige Entwicklung. Die EU – nach Jahrhunderten voller Kriege auf dem europäischen Kontinent gerade auch als friedliches politisches Projekt für das Zusammenleben der Staaten und Völker verstanden, droht zu scheitern, wenn die innergesellschaftlichen Voraussetzungen für Frieden – soziale Gerechtigkeit und die Teilhabe aller in der EU lebenden Menschen am gesellschaftlichen Wohlstand weiter abgebaut und nicht mehr gesichert werden.

Wir sagen: Nur ein grundlegender politischer Kurswechsel hin zu einer demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Europäischen Union wird heute und künftig das solidarische und friedliche Zusammenleben der Menschen in allen EU-Mitgliedstaaten garantieren können. Ganz so, wie es einer der Gründerväter der europäischen Einigungsprozesse – der italienische Kommunist A. Spinelli – nach dem 2. Weltkrieg erträumte: im Bewusstsein um die dafür notwendigen gesellschaftlichen Kämpfe.

Mit den Entscheidungen über den „Internationalen Vertrag für Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ setzen der Europäische Rat und die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten, unter beispiellosem Druck der Regierungen Merkel und Sarkozy auf ein "Weiter So" gescheiterter neoliberaler Politik: Weiter deregulieren, liberalisieren, privatisieren, Renten und Sozialleistungen kürzen. Begleitet wird dieser Prozess durch eine unverhohlene, aber wirksame Stimmungsmache gegen die besonders von den Turbulenzen und Machenschaften an den internationalen Finanzmärkten betroffenen Krisenländer, die ihre Schuldenberge durch eine unverantwortliche Haushaltspolitik selbst verursacht hätten. Dazu sagt die LINKE Nein.

Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern will die Fortsetzung der europäischen Einigung unter Berücksichtigung der heute veränderten politischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und setzt sich für eine Politik ein, die dafür notwendige Weichenstellungen in der EU-, nationalen wie

in der Landespolitik vornimmt: Die konsequente Veränderung und Neuausrichtung der primärrechtlichen Bestimmungen des Lissaboner Vertrages, die die EU zu einer realen Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion, zu einer realen Umwelt- und Friedensunion machen. Ohne diesen Neustart droht das Einigungswerk auf dem europäischen Kontinent zu zerbrechen, drohen alte nationale Egoismen das friedliche Zusammenleben zu zerstören. Die LINKE. M-V schlägt dafür einen Europäischen Konvent vor, der die grundlegende Neuorientierung des europäischen Projektes thematisiert, die Diskrepanz zwischen der Währungsunion und der Eurozone und der nicht erfolgten gemeinschaftlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik, durch die Weiterentwicklung des europäischen Gemeinschaftsprojekts, überwindet. Die LINKE. M-V beteiligt sich aktiv an der Vorbereitung und weiteren Untersetzung der Initiative der Partei der Europäischen Linken für eine EU-weite Bürger-Assemblée (Bürgerversammlung) im März 2012 und an allen weiteren Schritten hin zu einer primärrechtlichen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltunion sowie Friedens- und Solidar-Union, einschließlich der aktiven Unterstützung von europäischen Bürgerinitiativen.

In Verantwortung und durch die existierenden Institutionen der Europäischen Union ist unverzüglich ein System der makroökonomischen Koordination, Regulierung und Überwachung der Euro-Region zu schaffen, das die gemeinschaftlichen Belange der 550 Millionen Menschen in der EU in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen stellt, Partikularinteressen der einzelnen Mitgliedstaaten und ihrer Finanz- und Wirtschaftskonzerne zurückdrängt und Transparenz der Entscheidungsprozesse in Land, Bund und EU herstellt. DIE LINKE. M-V wird gegen die Aushöhlung demokratischer Entscheidungsstrukturen, auch hinsichtlich des subsidiären Mitwirkens des Landtages über die Befassung durch den Bundesrat, initiativ werden.

DIE LINKE. M-V steht für die unverzügliche Einführung der Finanztransaktionsteuer und unterstützt die darauf abzielende Initiative des Ausschusses der Regionen und den Ansatz der Berichterstatters, Europaminister Brandenburgs R. Christoffers. Sie wirbt für eine solidarische, europaweite und internationale Verwendung der damit erzielten zusätzlichen Einnahmen im EU-Haushalt. Die LINKE fordert als kurzfristig greifende Maßnahme zur Krisenbewältigung die Auflage und Ausgabe von Euro-Bonds, mittelfristig die demokratische Kontrolle der EZB und des europäischen Zentralbankensystems, die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Rating-Agentur bzw. die Zuordnung der Bonitätsprüfung der Euro-Länder zum Aufgabenkatalog der EZB. Es geht insgesamt in diesem Bereich um die Wiederherstellung der Macht der Politik über die Finanzmärkte. Nur dies wird mittelfristig die Realwirtschaft stärken und somit insbesondere den kleinen und mittelständischen Unternehmen und damit der Schaffung von Arbeitsplätzen zugute kommen.

Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich ein für einen konsequenten sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft: Dieser kann und muss erhebliche Triebkräfte für ein EU- weites Investitions- und Konjunkturprogramm entfalten. Nur dies wird auch in der aktuellen Finanzkrise Gegensteuerungen ermöglichen, die weit über den Rahmen der EU hinausgehen und endlich wieder die EU-Krisenländer befähigen, wirtschaftliche Entwicklung im Interesse ihrer Menschen zu ermöglichen. EU-weit ist dafür ein Programm nach dem Vorbild des Marshall-Planes als gemeinsame Anstrengung der EU auszuarbeiten. Damit würde die EU ihrer internationalen Verantwortung für nachhaltiges Wirtschaften und friedliches Zusammenleben der internationalen Staatenwelt gerecht werden.

In kaum einem anderen Bundesland sind wirtschaftliche und beschäftigungswirksame Potenziale so eng mit dem langfristigen Erhalt einer intakten Umwelt verknüpft wie in Mecklenburg-Vorpommern. Von den natürlichen Bedingungen profitieren u. a. die Agrar- und Ernährungswirtschaft, die Holzwirtschaft, Teile der Umwelttechnologie, die Erzeugung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe sowie die maritime Verbundwirtschaft. Gleiches gilt für die Tourismuswirtschaft. In diesen Bereichen, vor allem in deren Verknüpfung zu regionalen Wertschöpfungsketten und in Verbindung mit Wissenschaft und Forschung, liegen Chancen für neue innovative Arbeitsplätze mit Existenz sicherndem Einkommen. DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern steht für „sanften“ Tourismus im Einklang mit der Natur in einem gesunden und gesundheitsbewussten Land. Der nach wie vor dringend notwendige und konsequent fortzuführende

sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft muss ein stärkeres Engagement in barrierefreie Tourismusangeboten, langfristige Marketingstrategien und die Erschließung der Kyritz-Ruppiner Heide für einen naturnahen Tourismus beinhalten. Hier sehen wir enge Bezugspunkte zu einem aktiven Beitrag M-V für die wirklichkeitsnahe Umsetzung der Ostseestrategie der EU - auch in Wechselwirkung mit der weiteren Entwicklung der Euro-Region Pomerania. Europäische und Mecklenburg-Vorpommernsche Verkehrspolitik gehört ebenso dazu: ein Umdenken beim Standard von Straßen und anderen Verkehrsanbindungen. Die Unterhaltung der vorhandenen Straßen muss Vorrang vor dem Ausbau und der Ausbau, Vorrang vor dem Neubau haben. Die ökologische Evaluierung steht im Einklang mit den immer weiter steigenden Kosten der Instandhaltung der Verkehrsstraßen und der damit einhergehenden finanziellen Belastung des Landes und der Kommunen. Das gilt auch in Bezug auf die landesspezifische Untersetzung der EU-TEN-Planungen für den Ostsee-Adria-Korridor sowie der notwendigen West-Ost Verkehrsplanungen.

DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für eine ganzheitliche europäische Lösung zur Problematik der Endlagerung hochradioaktiver Stoffe ein. Vor allem strebt sie eine Veränderung des Diskussionsniveaus an, auf dem das Verursacherprinzip nicht einfach argumentationslos durch das Gemeinlastprinzip ersetzt wird. Das Verursacherprinzip als wesentlicher Bestandteil der Richtlinie 2004/35/EG ist nicht durch die Geschichte auszuhebeln. DIE LINKE in M-V lehnt daher die Endlagerung radioaktiven Sondermülls in unserem Land ab. Die Aus- und Fremdlagerung von radioaktiven Abfällen der alten Bundesländer auf die neuen Bundesländer ist nicht hinnehmbar. Gerade für Mecklenburg-Vorpommern als Tourismusland Nummer eins, stellt die Errichtung eines Endlagers einen schwerwiegenden Imageschaden dar und wirkt sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Mecklenburg-Vorpommern vermittelt ein maritimes, Natur schonendes und ökologisches Tourismusbild in die Welt, in dem ein Endlager, nicht nur geologisch, keinen Platz findet. DIE LINKE sagt: Ein Atom-Endlager im Biosphärenreservat - nein danke!

Eine zukunftsfähige Energiepolitik in Mecklenburg-Vorpommern kann nur unter besonderer Berücksichtigung der Besonderheiten des Landes entwickelt werden. Die "Doppelte Energiewende" der Bundesregierung von 2011 macht jedoch auch aus europäischer Sicht die Neuorientierung der gesamten deutschen Energieversorgungssysteme notwendig. Weitreichende Umbrüche im nationalen Energierecht, wie bei der Einspeisevergütung, beim Instanzwechsel zur Genehmigung von Höchstspannungsleitungen oder wie die verpflichtende Einführung von Erdverkabelungen erfordern grundlegende Neuausrichtungen. Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern hält an den nationalen wie europäischen Zielvorgaben fest und fordert: den Ausbau Erneuerbarer Energien und die Erhöhung der Energieeffizienz voranzutreiben, die Einhaltung der nationalen wie europäischen Vorgaben zur CO₂-Reduzierung, die Systemintegration der Erneuerbaren Energien durch neue Speichertechnologien und neue Mess- und Regelungstechnik, die soziale Verträglichkeit der Energiewende, die Verteilung der Sozialkosten auf alle Bundesländer sowie die Dezentralisierung und Re-Kommunalisierung der Netze als wichtiger Beitrag für funktionsfähige europäische Verbundsysteme.

Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern unterstützt und beteiligt sich aktiv an allen Abwehrkämpfen gegen Lohn- und Sozialdumping, gegen die rabiate Umverteilung zu Lasten der Arbeitenden und der Arbeitslosen in der EU. Die "positiv", doch national-rezeptliche Seite deutscher Arbeitsmarktpolitik, die Kanzlerin Merkel allen Volkswirtschaften der EU überhelfen will, ist das System von Kurzarbeit. Ungeachtet voller Auftragsbücher haben 2010 fast ausschließlich prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit, Minijobs und Teilzeitarbeit zugenommen. Arbeitsverhältnisse mit unbefristeter, sozialversicherungspflichtiger Vollzeitätigkeit sanken von 2008 bis 2010 um 133.000 auf 61,2 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse. Diese Politik hat in Deutschland schon heute zur schlechtesten Reallohn-Entwicklung aller europäischen Staaten geführt - ohne flächendeckende Mindestlohnregelung. Die LINKE M-V weist diese Beschäftigungspolitik nach dem Motto „Hauptsache Arbeit“, wie sie von der Europäischen Kommission bereits angedacht und im Zusammenhang mit flexiblen Krisenbewältigungsszenarien durch den Vorstoß von "Merkozy" EU-weit massiv vorangetrieben werden soll, entschieden zurück. Die LINKE steht für eine Politik der Stärkung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dies wäre zugleich ein konsequenter, weil nachhaltiger Beitrag zur

Überwindung der Krise und zur Stärkung der Gemeinschaftswährung. Die LINKE will „Gute Arbeit“ für Europa. Arbeit, von der Frauen und Männer eigenständig, armutsfest und ohne staatliche Transferleistungen leben können. Auch deswegen kämpft die LINKE. M-V an der Seite der Menschen mit einer Volksinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 €.

Zugleich erfordert die vorgeschlagene Wirtschafts-, Währungs-, Sozial- und Umweltunion die konsequente Hinwendung zu mehr Europa: Lohndumping und Steuerflucht müssen durch gemeinschaftliche Regelungen und makroökonomische Steuerungsprozesse bekämpft und verhindert werden. Die LINKE wird im Wettbewerb und in der Kooperation mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und mit den Bürgerinnen und Bürgern in M-V, Deutschland und EU-weit gemeinsame Strategien dafür erarbeiten. Eine solche europäische Politik wird den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und Umwelt bewahrendes Leben und Arbeiten erst ermöglichen. Nicht ein unbarmherziges Gegeneinander, nicht Umverteilung von unten nach oben, sondern gemeinschaftliche Interessenswahrnehmung, solidarische und demokratische Aushandlungsprozesse werden europäische Integration nachhaltig und dauerhaft machen können.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein offenes Land für Zuwanderinnen und Zuwanderer, die Die LINKE als kulturelle Bereicherung und nicht als Ausgleich des demographischen Wandels und Fachkräftemangels betrachtet. Dennoch müssen und werden auch wir uns den Herausforderungen des demografischen Wandels stellen. Die LINKE wendet sich gegen Entwicklungen, die M-V zum alleinigen Durchgangsgebiet für Verkehrsströme zwischen Skandinavien und Südeuropa, zwischen Osteuropa und Hamburg und Rotterdam werden lassen, in dem die ländlichen Räume sich durch den Wegzug der jungen Generation mehr und mehr "entleeren" und Seniorinnen und Senioren vereinsamen. Zuwanderer in Mecklenburg-Vorpommern müssen gleiche Chancen in der Bildung, am Arbeitsplatz und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhalten und langfristig garantiert bekommen. Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern tritt für eine einheitliche EU-Flüchtlingspolitik und ein einheitliches Asylverfahren in allen EU-Staaten ein. Sie setzt sich für die Abschaffung der Grenzschutzagentur "FRONTEX" ein.

Die LINKE wird es auch in unserem Bundesland nicht zulassen, dass gerade die junge Generation ihrer Zukunft durch diese Politik des „Weiter so“, ihrer Perspektiven beraubt wird.

Die LINKE. M-V setzt sich für eine entsprechende Überarbeitung der Lehrpläne und Schulbücher ein, die viel stärker auf eine umfassende Darstellung der Vielgestaltigkeit politischer Entscheidungsprozesse zwischen Kommune, Land, Bund und EU setzt, die subsidiäre Entscheidungsprozesse transparent macht und damit im gesamten schulischen Bildungsprozess die Herausbildung demokratischer Beteiligungsnormen fördert. Die LINKE wird sich dementsprechend auch gegenüber Landesregierung und im Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften dafür einsetzen, dass die längst anstehende Reform des Bildungswesens im Rahmen der Kultusminister-Konferenz auch in diese Richtung vorangetrieben wird.

DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern widersetzt sich der anhaltenden Privatisierung der europäischen Universitätslandschaft und der regionalen Elitenförderung, der Schließung von Fachbereichen und der Ausgliederung von hochschuleigenen Aufgaben und Kompetenzbereichen. Mecklenburg-Vorpommern ist darauf angewiesen, dass im Umfeld einer qualitativ hochwertigen Hochschullandschaft moderne Technologien entwickelt und angewendet werden sowie jungen Menschen eine erstklassige Universitätsausbildung geboten wird. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Stärkung der Forschung, auf die Entwicklung und Anwendung von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie auf die Entwicklung und Anwendung von Technologien, auf die Konstruktionen und Designs auf der Basis von Erkenntnissen der Bionik nach dem Prinzip „Von der Natur lernen“ gelegt. Zur Sicherung dieser zukunftsweisenden Lehre und Forschung an den Hochschulen des Landes ist die pädagogische Ausbildung an den Universitäten Rostock und Greifswald zu festigen, das Zentrum für Hochschuldidaktik an der Universität Rostock zu stärken sowie die Grundlagenforschung im Bereich Nachhaltigkeit an der Universität Greifswald zu fördern und zugleich stärker auch im europäischen Maßstab zu fördern.

Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern will eine aktive **Fortführung der Struktur- und Regionalpolitik** sowie der **Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik**.

2012 wird in Brüssel, Berlin und auch in Schwerin entschieden, wie in der jetzt bald 28 Mitgliedstaaten umfassenden EU die auf den Zeitraum 2014 – 2020 ausgerichtete EU-weite Kohäsionspolitik neu strukturiert werden soll. Bereits jetzt ist klar, dass M-V aus der Ziel-1 Gebiet-Mittelzuweisung herausfallen wird. Das erfordert Anpassungen und Übergangslösungen (Unterstützung aller Regionen, mit einem BIP/Kopf zwischen 75 und 90% des EU-Durchschnitts oder aus der Ziel-1-Förderung ausscheiden für die Dauer einer Förderperiode). DIE LINKE in der EU, im Bund und in den Bundesländern setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung die im Rahmen der mehrjährigen Finanzvorausschau (MFV) vorgesehenen Zahlungen von jährlich 1,1% BSP in den gemeinsamen EU-Haushalt realisiert – auch damit die für eine Fortsetzung der wichtigen Kohäsionspolitik in der nächsten Förderperiode vorgesehenen Mittel mindestens auf der Höhe der aktuellen bleiben. Denn Kohäsionspolitik ist gerade in Zeiten der Krise auch eine Entwicklungspolitik für die europäischen Regionen.

Wir begrüßen, dass sich das Europäische Parlament mit großer Mehrheit für eine neue Förderkategorie – die Einführung einer Zwischenkategorie ausgesprochen hat. Schon jetzt zeichnen sich aber gerade hier Differenzen zwischen Europäischem Parlament und Rat ab. DIE LINKE wird hier auf Landesebene wie im Bund die Verantwortung der nationalen Entscheidungsträger einfordern. DIE LINKE. M-V unterstützt den Ansatz, die Rolle der Regionen bei der Ausarbeitung der lokalen Entwicklungsstrategien zu stärken; sie lehnt zugleich die Positionen von Kommission und im EU-Rat ab, von den Mitgliedstaaten von oben bestimmte Strukturreformen zu fordern, um Zugang zu den Fördergeldern zu erhalten. Auch das Vorhaben, Förderzeiträume für Regionen, die auch nach mehreren Programmperioden trotz Höchstförderung keine nennenswerten Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Situation erreichen konnten, zu begrenzen, widerspricht den Grundsätzen und dem Charakter der Kohäsionspolitik.

Die LINKE lehnt entschieden das Vorhaben ab, die Kohäsionspolitik zu einem Instrument bei der Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftsdogmen zu machen und den Entzug von Fördermitteln als Bestrafungsinstrument bei makroökonomischen Problemen zu missbrauchen. DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern hält das Einfrieren von Fördermitteln des Kohäsionsfonds als Sanktion bei Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt für kontraproduktiv. Nicht nur die nachhaltige Entwicklung unseres Landes wird dadurch gefährdet, sondern es werden auch auf der operationalen Ebene die Träger getroffen, in deren Verantwortungsbereich nicht eine verfehlte Konsolidierungspolitik fällt. Dies wird nur bestehende ökonomische Probleme noch verschlimmern, und ist mit einer Politik solidarischen und nachhaltigen Entwicklung sowie partnerschaftlicher Kooperation in der EU nicht vereinbar.

DIE LINKE. M-V wird sich in den Kommunen, Kreisen und im Land mit öffentlichen Veranstaltungen zur Einbeziehung möglichst vieler interessierter Bürgerinnen und Bürger sowie eigenen Vorschlägen an der Vorbereitung und Erarbeitung der operationellen Programme beteiligen. Wir wollen nach Verabschiedung der Verordnungen nachhaltige Struktur und Regionalprojekte verwirklichen. DIE LINKE wird sich in die Entscheidungsprozesse darüber einbringen, wie die gemeinsame Europäische Agrarpolitik weiter dahin verändert werden muss, ländliche Raumentwicklung und heimische Produktion von Nahrungsmitteln unter konsequent sozialen und ökologischen Gesichtspunkten zu gewährleisten und zugleich viel direkter und unmittelbarer die Belange der Entwicklungsländer zu berücksichtigen. DIE LINKE wird sich konsequent dafür einsetzen, dass die zukünftige Förderung durch die gemeinsame Agrarpolitik der EU sowie die Bundes- und Landesförderung die nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft stärker als bisher auf die Lösung ökologischer und sozialer Aufgaben sowie den Erhalt und die Pflege der historisch gewachsenen, regionaltypischen Kulturlandschaften ausgerichtet wird. Nach Auffassung der LINKEN sollen Betriebe, die zusätzlich ökologische Leistungen für die Gesellschaft erbringen und Betriebe mit einer strukturbedingten hohen Beschäftigungsquote im Rahmen der GAP besonders gefördert werden. Kappungsgrenzen lehnen wir ab. Sie benachteiligen die ostdeutsche Landwirtschaft. Unternehmen der agrarischen Primärproduktion müssen für soziale und ökologische Leistungen unterstützt werden, um den Einfluss landwirtschaftsfremden Kapitals zurückzudrängen.

Daneben tritt DIE LINKE für den Ausbau der Förderung für die Erweiterung einer bodengebundenen Nutztierhaltung im Rahmen der GAP ein, um damit die Entwicklung regionaler Stoffkreisläufe zu unterstützen. Die Größen der Nutztierbestände müssen den regionalen Gegebenheiten entsprechen. Die GAP muss dazu führen, dass Futtermittelproduktion, Tierhaltung, Veredelung und Verarbeitung perspektivisch überwiegend regional zusammengeführt werden, so dass Transporte von Lebendvieh, Gülle und Futter über weite Entfernungen sollen vermieden werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der zunehmende Verlust landwirtschaftlicher Nutzfläche durch die politischen Rahmenbedingungen wirksam gestoppt wird, um künftig die ausreichende Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung, die erneuerbaren Energien und nachwachsende Rohstoffe zu sichern. Dafür sollen europaweit Instrumente, wie Ökokonten oder Anreize für Flächenentsiegelungen geschaffen werden.

DIE LINKE lehnt die Technologie der Grünen Gentechnik konsequent ab, da weder der Nutzen noch die Sicherheitsfragen bei genveränderten Pflanzen geklärt sind.

Wir begrüßen und unterstützen die Schaffung von gentechnikfreien Regionen.

DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern fordert die verstärkte Inanspruchnahme der Fördergelder der EU im Rahmen der Einstufung als Konvergenzregion für die Entwicklung von Forschung sowie zur Entwicklung von Nachhaltigkeit: Der fondsübergreifende und damit integrierte inhaltliche Ansatz zur Projektförderung durch die Gemeinsame Verwaltungsbehörde (GBV) soll verstärkt jene Projekte unterstützen, die nicht nur fondsübergreifend sondern auch im Sinne einer Stärkung des Forschungsstandorts Mecklenburg-Vorpommern verstanden werden können. Die bereits jetzt in der Bundesrepublik herausgehobene Position Mecklenburg-Vorpommerns auf den Gebieten der Plasmatechnologie, Bio- und Umweltechnologie ist weiter zu stärken.

Zur Erhaltung des Schiffbaustandorts Mecklenburg-Vorpommerns ist die Konzeptualisierung einer ganzheitlichen maritimen Wirtschaft, die alle Zweige, deren Wertschöpfungsgrundlage das Meer ist, von Nöten. Hafenwirtschaft, Schiffsverkehr, Fischfang, Tourismus, Schiffselektronik und Navigation sowie maritime Umwelt- und Offshore-Technologien sind auf europäischer und internationaler Ebene durch weltweit gültige Sicherheitsstandards zu flankieren. Ideen müssen wesentlich schneller als bisher in marktfähige Produkte und Dienstleistungen transformiert werden, um den stetigen Rückgang der Mecklenburgischen Schiffbauindustrie zu stoppen.

DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für die Erhaltung der Küsten- und Binnenfischerei im Lande ein. Die nachhaltige Fischhaltung in Aqua-Kulturen stellt einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der wild lebenden Fischbestände dar. Die Küsten- und Kutterfischerei ist ein traditioneller und kultureller Wirtschaftszweig Mecklenburg-Vorpommerns, der unabdingbar für die Erhaltung des maritimen Flairs und damit Mecklenburg-Vorpommerns als Tourismus-Bundesland ist. Die LINKE setzt sich bei der Neufassung der EU-Verordnungen über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds nach 2013 (EMFF) für die Weiterführung der bisher bewährten Förderungen der Forschung an Innovationen und Pilotprojekten zur Entwicklung der Aquakultur, der nachhaltigen Fischerei und der Entwicklung der Wasserfauna und -flora ein.

DIE LINKE wird sich bei den europäischen Entscheidungen dafür einsetzen, dass politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine naturgerechte Walderneuerung und Waldbewirtschaftung sicherstellen. Neben der Erhaltung der Wälder muss sichergestellt bleiben, dass der Wald auch in Zukunft der Öffentlichkeit zugänglich sein wird.

Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern wendet sich entschieden gegen jegliche Versuche, die Krisenprozesse in der EU für nationale oder nationalistische Ziele zu missbrauchen und beteiligt sich am demokratischen Widerstand gegen das Erstarken nationalistischer und rechtspopulistischer Kräfte. Das bekommt auch im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum bundesweiten Europawahlgesetz besondere Bedeutung, verlangt doch der Wegfall der 5 % Hürde zugleich eine intensivere Auseinandersetzung mit den unmittelbaren Wirkungen europapolitischer Entscheidungen seitens der verantwortlichen Akteure auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene und

konkrete Umsetzung eigener alternativer Vorschläge der LINKEN. Hier wollen wir die Einmischung der Bürgerinnen und Bürger, hier wollen wir den offenen und konstruktiven Dialog in der Gesellschaft - ohne populistische Verkürzungen, sondern verantwortungsbewusstes Ringen um die Zukunft unseres Bundeslandes in der Europäischen Union.

DIE LINKE M-V wird deshalb in Vorbereitung auf die Bundestagswahlen und die Wahlen zum Europäischen Parlament 2013 und 2014 weiterhin eigene Vorschläge zur „europapolitischen“ Verzahnung kommunal-, regional- und landespezifischer Belange mit den politischen Entscheidungen auf EU- bzw. Bundesebene unterbreiten.